



WIRTSCHAFT.WEITER.DENKEN.

Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

Preisverleihung an Prof. Mariana Mazzucato

Das Kapital des Staates –
Eine andere Geschichte von
Innovation und Wachstum

Berlin, 22. Februar 2016

WIRTSCHAFT.WEITER.DENKEN.

Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

Preisverleihung an Prof. Mariana Mazzucato

Das Kapital des Staates –
Eine andere Geschichte von
Innovation und Wachstum

Berlin, 22. Februar 2016

Vorwort

Kurt Beck

Ministerpräsident a.D., Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung

Spätestens seit Ausbruch der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2007/2008 ist es offensichtlich geworden, dass die gängigen wirtschaftstheoretischen Modelle, insbesondere der sogenannte neoklassische Mainstream, und viele darauf aufbauende wirtschaftspolitische Rezepte an ihre Grenzen gestoßen sind. Weder haben führende Wirtschaftswissenschaftler die Finanz- und Wirtschaftskrise kommen sehen, noch scheint mit ihren wirtschaftspolitischen Empfehlungen eine rasche und nachhaltige Überwindung der Krise, vor allem in Europa, zu gelingen.

Im Zusammenhang mit vielen Problemen und Herausforderungen unserer Zeit – z. B. der Finanzmarktstabilität, der hohen Arbeitslosigkeit in Europa, der zunehmenden Ungleichheit von Einkommen und Vermögen,

der Globalisierung oder dem Klimawandel – scheint der neoklassische Mainstream in den Augen vieler Beobachter keine wirklich adäquaten Antworten und dauerhaften Lösungen zu liefern. Wie Sie sehen werden, gilt dies nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der Frage, welche Rolle der Staat bei der Generierung von Innovationen und nachhaltigem Wachstum spielt.

Die Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung hat vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen im Laufe des Jahres 2013 beschlossen, der gerade auch in Deutschland in der Wissenschaft, Politik und Presse zunehmend einseitig geführten wirtschaftspolitischen Debatte durch die Auslobung eines Preises für Wirtschaftspublizistik zu mehr Pluralität zu verhelfen. Nur durch eine größere Theorienvielfalt,



durch Methodenpluralismus und durch Interdisziplinarität kann ein wissenschaftlicher Wettstreit um die besten ökonomischen Ideen, Modelle und Politikempfehlungen zur nachhaltigen Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft gewährleistet werden.

Mit dem Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik „Wirtschaft.Weiter.Denken.“ sollen daher Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler_innen geehrt werden, die jenseits der volkswirtschaftlichen Standardtheorie oder des makroökonomischen Mainstreams neue Antworten auf die großen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit suchen und entwickeln. Der Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik wurde im letzten Jahr erstmals verliehen. Preisträger war der Schotte Mark Blyth, Professor für Internationale Politische Ökonomie an der US-amerikanischen Brown University in Providence, Rhode Island (USA), für sein Buch *„Wie Europa sich kaputtspart – Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik“*.

Die Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung konzentriert sich neben der Förderung historischer und zeitgenössischer Forschung auf die Herausgabe und Förderung von Büchern und Texten, die grundsätzliche Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Technologieentwicklung und ihrer Konsequenzen auf die Humanisierung der Arbeitswelt und die Gesellschaft insgesamt zum Gegenstand haben. Die Bedeutung gesellschaftlicher Akteure, vor allem der Gewerkschaften, die Vermittlung der Aspekte der Globalisierung und Beiträge zur Weiterentwicklung der Theorie der sozialen Demokratie sind weitere thematische Leitlinien für die Auswahl der Projekte der Stiftung.

Die Verleihung des mit 10.000,- Euro dotierten Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik „Wirtschaft.Weiter.Denken.“ entspricht somit den Zielen der Stiftung, die von Hans Matthöfer (1925-2009) – einem bekannten SPD-Politiker und Gewerkschafter, der zwischen 1974 und 1982 Minister in mehreren Bundesregierungen war – und seiner Frau Traute ins Leben gerufen wurde. Ich freue mich sehr, dass wir diese Preisverleihung dank des finanziellen Engagements der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung auch in diesem Jahr wieder vornehmen können.

Im Rahmen des Nominierungsverfahrens sind im Herbst letzten Jahres über 50 Vorschläge – neben ganzen Büchern auch Blog-Beiträge, Kolumnen, Kommentare, Reportagen und Artikel in Zeitungen sowie Fachzeit-

schriften – bei uns eingegangen. Für diese rege Beteiligung möchte ich mich im Namen der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung ebenfalls sehr herzlich bedanken. Die große Anzahl an Einsendungen und auch die vielen positiven Rückmeldungen in den letzten Wochen zeigen, dass wir mit der Verleihung dieses Buchpreises richtig liegen.

Auf die Shortlist für die diesjährige, zum zweiten Mal stattfindende Verleihung des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik „Wirtschaft.Weiter.Denken.“ schafften es von den eingegangenen Einsendungen:

- das Buch von Arno Rolf und Arno Sagawe: *„Des Googles Kern und andere Spinnennetze: Die Architektur der digitalen Gesellschaft“*, veröffentlicht durch die UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz 2015;
- das Buch von Christian Kreiß: *„Gekaufte Forschung: Wissenschaft im Dienst der Konzerne“*, erschienen im Europa Verlag, Berlin 2015;
- der Zeitungsartikel von Annette Jensen: *„Nie wieder Müll“*, abgedruckt in der Zeitung *„Le monde diplomatique“*, 2015/3, S. 1, 20-21;
- der Blog-Beitrag von Norbert Häring: *„TINA ist doof – 10 Wege für die EZB, Geld in Umlauf zu bringen ohne die Reichen noch reicher zu machen und die Armen den nächsten Crash ausbaden zu lassen“*, auf dem Blog <http://norberthaering.de> (03.11.2014); und last but not least
- das Buch von Mariana Mazzucato: *„Das Kapital des Staates: Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum“*, erschienen im Verlag Antje Kunstmann, München 2014.

Die Mitglieder der unabhängigen Auswahl-Jury,

- Frau Dr. Brigitte Preissl, Chefredakteurin der Fachzeitschriften *„Wirtschaftsdienst“* und *„Intereconomics“*,
- Herr Prof. Dr. Peter Bofinger von der Universität Würzburg, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, und
- Herr Thomas Fricke, ehemaliger Chefökonom der Financial Times Deutschland, heute Chefökonom des Internetportals *„NeueWirtschaftsWunder“* und

Chefökonom der European Climate Foundation, haben dann im Rahmen eines intensiven Begutachtungsverfahrens aus den fünf Finalisten den Gewinner bzw. die Gewinnerin ermittelt.

Auch Ihnen möchte ich für Ihr Engagement und Ihre Mitwirkung an dieser Stelle sehr herzlich danken.

Der Auswahl-Jury ist die Entscheidung nicht leicht gefallen. Dennoch stand am Ende fest: Der Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik „Wirtschaft.Weiter.Denken.“ 2015 der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung geht an Mariana Mazzucato, Professorin für Wissenschafts- und Technologiepolitik an der Universität Sussex, für ihr Buch: „*Das Kapital des Staates: Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum*“, dessen deutschsprachige Ausgabe im Verlag Antje Kunstmann in München im August 2014 erschienen ist.

Ich denke, dass die Jury auch dieses Mal wieder eine sehr gute Wahl getroffen hat. Das Buch von Frau Professorin Mariana Mazzucato ist mit seinem Fokus auf die wichtige Rolle des Staates bei der Schaffung von Innovationen und nachhaltigem Wachstum von äußerst hoher Aktualität. Sie weist eindrucksvoll darauf hin, dass die immer wieder in Wissenschaft, Politik und Presse zu hörende Behauptung, nur freie Märkte, smarte junge, risikobereite Erfinder und Wagniskapitalgeber würden die Wirtschaft, das Wachstum und den Wohlstand treiben, der Staat würde dagegen nur stören und sollte daher nach Kräften zurückgedrängt werden, nicht stimmt.

Ihren Ausführungen zufolge bedarf es vielmehr eines aktiven Staates, der in der Entwicklungs-, Experimentier- und Lernphase, in der die Chancen neuer Technologien und Märkte noch sehr unsicher sind und daher von der Privatwirtschaft nicht genutzt werden, selber als wichtiger Unternehmer und Risikonehmer in der Volkswirtschaft auftritt und so wesentlich dazu beiträgt, dass neue Technologien und Märkte entstehen können. Der Staat sollte daher nicht nur die politischen Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Wettbewerb auf freien Märkten setzen, sondern all seine Möglichkeiten und Instrumente nutzen, um zielgerichtet die Entwicklung neuer Technologien und die Schaffung neuer Märkte zu fördern.

Ihr Buch liefert somit wertvolle Ideen und Impulse für eine nachhaltige Gestaltung der Finanz-, Wirtschafts- und Technologiepolitik und des anstehenden sozial-ökologischen Wachstums- und Transformations-

prozesses in Deutschland. Die voranschreitende Digitalisierung aller Wirtschafts- und Lebensbereiche, aber auch die Energiewende sind ja zwei Technologiefelder, die die Politik, aber auch die Wirtschaft und Gesellschaft aktuell vor große Herausforderungen stellt.

Aber auch zur nachhaltigen Überwindung der immer noch nicht überwundenen Wirtschaftskrise in Europa liefert es wichtige Hinweise. Denn wenn ihre Untersuchungsergebnisse stimmen, dann werden die europäischen Krisenstaaten nicht mittels einer Sparpolitik und auch nicht mit Hilfe von privatem Risikokapital wettbewerbsfähig werden und die Krise überwinden, sondern nur, wenn die Staaten selber mehr in Forschung und Entwicklung, in Humankapital und Innovationen investieren und die notwendigen Strukturen für ein funktionierendes Innovationssystem schaffen. Nur so lassen sich wesentliche Grundlagen für ein nachhaltiges Wachstum in Europa legen.

Ich bin davon überzeugt, dass die wirtschaftliche Stärke und der Erfolg Deutschlands in Europa nicht darauf basiert, dass wir in der Vergangenheit den Gürtel enger geschnallt und gespart haben, sondern weil der deutsche Staat in der Vergangenheit mehr als die meisten anderen EU-Mitgliedstaaten für Forschung und Entwicklung ausgegeben und Strukturen aufgebaut haben, die eine Art „geduldige“, staatlich geförderte Langfristfinanzierung von neuen Technologien und Märkten und einen engen Austausch zwischen der Wissenschaft und der Industrie ermöglichen. Ich verweise in diesem Zusammenhang beispielhaft nur auf die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) oder auch auf die Max-Planck-Institute, die wertvolle Bausteine des deutschen Innovationssystems darstellen. Ähnliche Ansätze und Strukturen sollten auch in anderen europäischen Staaten zur nachhaltigen Überwindung der Krise geschaffen werden.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre der während des Festaktes zur Preisverleihung am 22. Februar 2016 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin gehaltenen Reden von Hubertus Heil, Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Brigitte Preissl, Chefredakteurin der Fachzeitschriften „Wirtschaftsdienst“ und „Intereconomics“ und Mitglied der Jury, und Prof. Dr. Mariana Mazzucato, der Preisträgerin.

Festrede

Hubertus Heil, MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

„Das Kapital des Staates“ ist heute unser Thema. So heißt das Buch, das die Friedrich-Ebert-Stiftung heute mit dem Hans-Matthöfer-Preis auszeichnet. Und darin kritisiert die Autorin, wie ich finde völlig zu Recht, die marktliberale Vorstellung von Staat. Der zufolge habe der Staat sich aus der Wirtschaft vollständig herauszuhalten, um die Kreativität der Marktteilnehmer zu fördern und ihnen freien Raum zu geben. Frau Mazzucato sieht das ganz anders. Für sie gibt es ohne einen aktiven Staat deutlich weniger Kreativität in der Wirtschaft. Wie groß der Mangel an Kreativität wäre, zeigt sie in diesem Buch an überraschend vielen und verblüffend interessanten Beispielen.

Für uns, und ich meine die deutsche Sozialdemokratie, ist die Vorstellung eines aktiven Staates selbstverständ-

lich keine Neuentdeckung. Der Staat und die Wirtschaft, genauer gesagt, der Staat in der Wirtschaft, ist vielmehr ein Dauerthema für uns Sozialdemokraten. Denn der Staat war als der autoritäre Gegner der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung in der Anfangszeit aus unserer Sicht ein Gegner, der die Freiheit vieler Bürgerinnen und Bürger, jedenfalls derjenigen ohne Titel und Besitz, eingeschränkt hat. Die Sozialdemokratie hat den Staat in ihrer Gründungsphase vor allem als Verbündeten derjenigen gesehen, die Arbeiter, Gesellen und viele andere Menschen wirtschaftlich ausbeuteten. Demokratie bedeutet vor allen Dingen für uns, die Ausbeutung mit politischen Mitteln zu beenden. Und deshalb wurde die Demokratisierung von Staat und Herrschaft zum erstmals wichtigsten Ziel der Arbeiterbewegung. Demokratie meint für uns, denen Macht zu



Hubertus Heil, MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

geben, die wirtschaftlich und politisch allein schwach waren. Die Demokratie ebnet aus unserer Sicht nach wie vor auch den Weg zur ökonomischen Emanzipation der arbeitenden Bevölkerung. Das war und das ist die Hoffnung der Sozialdemokratie. Wenn man sich die heutige Situation anschaut, dann ist das immer etwas, was wir nie vollständig erreicht haben, was manchmal verteidigt werden muss, was manchmal zurückfällt. Das ist eine Bestätigung des alten Satzes, dass soziale Demokratie eben eine dauernde Aufgabe ist.

Über die Jahrzehnte des politischen Kampfes für Demokratie hat sich in der Sozialdemokratie das Verständnis davon, was der Staat in der Wirtschaft sein soll, allerdings auch klar verschoben. Demokratisierung bedeutet auch, dass der Staat immer mehr zum Instrument der Reformanstrengung der Sozialdemokratie geworden ist, auch von Wirtschaftsreformen natürlich. Und als Willy Brandt 1969 den berühmten Satz sprach, mehr Demokratie wagen zu wollen, ging es ja nicht nur um die konsequente Anwendung demokratischer Verfahrensweisen auf den Staat. Es ging um mehr. Es ging um Demokratie in allen Lebensbereichen, auch in den Betrieben. Dies sollte ausdrücklich keine demokratiefreie Zone sein. Und daraus entsprang, dass Deutschland seit diesen Reformen der sozialliberalen Ära ein fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz hat und die Mitbestimmung gestärkt wurde. Von beidem profitiert unser Land noch heute. Davon soll die Rede sein. Und es ging Brandt um die Voraussetzung von echter Demokratie. Es ging nicht nur um die Sicherung bürgerlicher Freiheitsrechte. Es geht uns und ging uns immer auch um die Sicherung sozialer Bürgerrechte durch Sozialreformen.

Man kann schon sagen, dass das Verständnis von Sozialdemokraten zum Staat nach wie vor ambivalent ist. Wir neigen, das will ich hier ausdrücklich betonen, nicht zur Überhöhung des Staates, vor allen Dingen da, wo es um die individuellen Freiheitsrechte und Unterdrückung geht. Aber wir nutzen ihn als Instrument immer dort, wo es um die Freiheit von wirtschaftlicher Not geht. Das war übrigens auch das Lebensthema des vor sieben Jahren verstorbenen und immer noch schmerzlich vermissten Hans Matthöfer. Über ihn lässt sich sagen, dass er alle Seiten der Frage nach der Rolle des Staates in der Wirtschaft praktisch erkundet hat. Als internationalistischer Sozialdemokrat, als Gewerkschafter, als Bundesfinanzminister, auch als Banker ist er auf ganz unterschiedlichen Wegen der Frage nachgegangen, wie sich das Verhältnis von Staat in der Wirtschaft, von Staat zu Wirtschaft verhält. Und manch-

mal, das sei an dieser Stelle gesagt, waren diese Wege, die er erkundet hat, auch dritte Wege.

Ich bin mir sicher, dass Hans Matthöfer seine Freude an Mariana Mazzucato's Buch gehabt hätte. Zu vielen ihrer Beispiele für staatliche Grundlagenarbeit bei Forschung, technischer Entwicklung oder Infrastruktur hätte Hans Matthöfer, der nicht nur Bundesfinanzminister war, sondern auch Bundesforschungsminister und später Postminister im ersten Kabinett von Helmut Schmidt, wahrscheinlich zustimmend genickt. Ich bin mir sicher, er hätte den zahlreichen Beispielen aus seiner aktiven Zeit auch viel hinzufügen können. Auch Frau Mazzucato's Empfehlung, dass der Staat als größter Unternehmer endlich seinen Anteil am Gewinn an von ihm initiierten und geförderten Unternehmungen reklamieren müsste, hätte beim Finanzminister Hans Matthöfer großen Beifall bekommen. Denn darin besteht ja eine Möglichkeit, Antworten auf die Frage zu geben, wie der Staat und die Gesellschaft, und nicht nur der Einzelne, reicher und zukunftsfähiger werden kann. Und das in einer Zeit, in der viele Unternehmen immer noch ihre geringen Ressourcen für Innovationen vor allen Dingen auf Steuervermeidungsinnovationen setzen. Das ist nach wie vor gerade für große Konzerne dieser Tage offensichtlich immer noch ein wesentlicher Antrieb.

Meine Damen und Herren, ich habe es eben gesagt, Mariana Mazzucato hat mit ihrem Buch auf alte Fragen Antworten gesucht, nämlich nach den Möglichkeiten des Staates im Bereich der Wirtschaft, aber sie begnügt sich eben nicht mit einfachen alten Antworten, auch nicht mit einfachen Antworten der politischen Linken. Mariana Mazzucato weiß genau, dass 30 Jahre wirtschaftsradikaler – andere sagen neoliberaler – Dominanz die Verhältnisse verändert haben, unter denen der Staat heute arbeitet. Und gerade deshalb, Kurt Beck hat es angesprochen, passt ihr Buch perfekt in unsere Zeit. Es diskutiert sachlich und fundiert, und klar in der Botschaft, die Probleme des lange Zeit dominierenden Wirtschaftsmodells. Es ist ja nun noch nicht so lange her, als der Zeitgeist auch in der öffentlichen Wahrnehmung manchmal bis heute ein völlig anderer war. Wenn jeder an sich selbst denkt, ist an alle gedacht, war ein bisschen das neoliberale Motto, unter dem frühere FDP-Vorsitzende verfahren sind. In jedem Fall galt auch im Mainstream der öffentlichen Berichterstattung, in den Wirtschaftsteilen bis hin ins Feuilleton großer Zeitungen, dass das Wirtschaftliche im Wesentlichen etwas wäre, aus dem der Staat sich herauszuhalten habe. In der glitzernden

Welt des Neoliberalismus ging es sogar noch weiter. Wir haben gelernt, dass der Staat sich erst dann einbringen sollte – mit dem Geld der Steuerzahler übrigens –, als die Blase platzte, die unkontrollierte Spekulationen aufgebläht hatten. Und ich glaube, spätestens diese Zäsur der Krise nach Lehman Brothers 2008 ff. hat wiederum bestätigt, dass der Staat nicht in der Lage ist, sich selbst zu regulieren, dass Märkte sich nicht selbst regulieren und sie sich in jedem Fall im Krisenfall nicht selbst retten können.

Wir erleben im 21. Jahrhundert ein Wirtschaftssystem, das sehr krisenanfällig ist. Und da bin ich direkt bei Mariana Mazzucato's Buch, denn wir erleben ja nicht nur zum ersten Mal, dass die Wirtschaft als perfekter Markt in der realen Welt eben nicht funktioniert. Der Markt hat schon immer einen starken Staat gebraucht, um dauerhaft gute Ergebnisse hervorbringen zu können. In Deutschland ist daraus eigentlich etwas geworden, was wir als soziale Marktwirtschaft bezeichnet haben. Es ist die praktische Umsetzung einer gelungenen Balance zwischen Staat, Markt und Gesellschaft. Aber auch wir in Deutschland sind in der Folge mal mehr, mal weniger stark von diesem Modell abgekommen. Das muss man selbstkritisch feststellen. Unsere historische Erfahrung ist, dass ein starkes Wachstum und starke Unternehmen schon immer auch einen handlungsfähigen und bisweilen auch richtungsweisenden und impulsgebenden Staat brauchen. Auch diese Erkenntnis ist nicht immer vollständig eine gewesen, die immer im Bewusstsein derjenigen war, die wirtschaftspolitisch gehandelt haben in diesem Land.

Für einen in diesem Sinne handlungsfähigen Staat haben wir uns in sozialdemokratischer Regierungszeit immer wieder bemüht zu sorgen, auch in diesen Tagen. Heute wissen wir, dass eine gefährliche Unwucht erzeugt wird, wenn sich der Staat auch aus seiner unternehmenden Rolle zurückzieht und es tatsächlich um weniger geht als einen schlanken Staat, sondern einen verhungerten Staat. Und das erleben wir gerade in dieser Zeit in Deutschland ganz praktisch. Seit Jahren wird in unserem Land zu wenig investiert. Im öffentlichen Sektor ebenso wie in der Privatwirtschaft. Und zu geringe Investitionen heißen eben auch zu geringe Innovation. Und gerade im Moment bräuchte unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft dringend mehr Innovation. Kurz, mit Blick auf die wirtschaftliche und aktuelle konjunkturelle Lage könnte man auch formulieren: Wir sind im Moment in der Situation, in der wir mit 1,7 Prozent Wirtschaftswachstum für das laufende Jahr bei all diesen wirtschaftlichen und den politischen

Umbrüchen, die wir erleben immer noch ein robustes Wachstum haben. Und Gott sei Dank ist auch die Binnennachfrage in Deutschland gestiegen über die Jahre durch eine hohe Zahl von Beschäftigten, die wir im Moment haben. Aber auf der anderen Seite haben wir Sonderfaktoren, Stichwort niedriger Ölpreis, niedriges Zinsniveau, niedrige Wechselkursrelationen, die eigentlich dazu führen müssten, dass im Moment ganz kräftig in Deutschland investiert wird.

Aber wir erleben nicht erst seit gestern, sondern seit über zehn Jahren, dass die Investitionsquoten nicht nur der öffentlichen Hand, sondern auch in der Privatwirtschaft nahelegen, dass unser wirtschaftlicher Erfolg schon jetzt einer ist, der von der Substanz zehrt in diesem Land. Und deshalb hat Ihre Debatte – Welche Rolle hat der Staat zu geben, um auch Impulse zu geben für privatwirtschaftliche Innovation und Investition in Innovation? – eine ganz aktuelle Bedeutung. Und ein Beispiel in diesem Zusammenhang ist eine nachhaltige Energiegewinnung in diesem Land und eine auch saubere Mobilität. Unser Staat ist auf diesem Sektor sowohl gefragt, Anstöße zu geben, um die Märkte zu aktivieren, als auch als Staat selbstständig Impulse zu geben. Natürlich kann der Staat, und jetzt warne ich auch vor Übertreibungen, nicht zum Großinvestor in der Wirtschaft werden, während Unternehmen sich von Innovationen nur die Rosinen herauspicken und gute Geschäfte machen.

Für diese falsche Arbeitsteilung finden Sie, Frau Professorin Mazzucato, auch eine ganze Menge an Beispielen. Ein besonders interessantes in diesem Zusammenhang will ich zitieren. All jene Besucher der Preisverleihung, die hinter ihrem Smartphone ein iPhone haben, und dahinter zuerst den Genius von Steve Jobs vermuten, zeigt die Autorin in diesem Buch in dem Kapitel unter der schönen Überschrift „Der Staat hinter dem iPhone“ die wahre Geschichte auf. Steve Jobs und Apple konnten bei der Entwicklung des iPhones von zahlreichen staatlichen Investitionen in neue Technologien profitieren. Das iPhone ist nur denkbar geworden, weil durch staatliche Forschung das Internet entstanden ist. Übrigens, der Hinweis sei erlaubt, in wesentlichen Teilen auch von Militärforschung in den Vereinigten Staaten von Amerika. Und zudem wären zum Beispiel das GPS oder das Touchscreen-Display und weitere Technologien gar nicht möglich gewesen ohne öffentliche Anstöße. Und wenn wir den deutschen Beitrag zur Entwicklung des iPhones auch noch herausstreichen sollten, dann ist es die stetig wachsende Speicherkapazität, die es erst möglich gemacht hat, dass das, was früher ein PC leisten konnte, jetzt auf einem Smartphone oder auf einem

iPhone stattfindet. Und dahinter steckt übrigens in diesem Fall nicht Silicon Valley, sondern das Forschungszentrum in Jülich in Nordrhein-Westfalen. Wenn Steve Jobs einen wirklichen Beitrag geleistet hat, daraus einen revolutionären Wert zu machen, dann ist es der, dass er die Kraft dieser Technologien zu erkennen vermochte und mit einem Team von Designern und Technikpionieren aus all diesen technologischen Grundlagen und Forschungserkenntnissen eben das Ganze zu einem iPhone zusammengefügt hat. Oder in seiner Sprache, das sagte er bei der Präsentation 2007 selbst, tatsächlich nur „one more thing“ daraus gemacht hat, ein zusammengeführtes Ding, wenn man so will.

Ein sehr gutes deutsches Beispiel – sehr gutes sage ich, weil wir lange noch nicht durch sind – für das Zusammenspiel von Staat und Markt als Innovationsgeber ist das Thema der Energiewende. Es ist weit mehr als ein Ausstieg aus der Atomenergie. Vor allem beruht die Energiewende auf dem Aufstieg der Erneuerbaren zur wichtigsten Energiequelle. Und seien wir mal ehrlich, ohne staatliche Richtungsentscheidung über die Förderung Erneuerbarer Energien und ohne Energieforschung, die übrigens von Hans Matthöfer einen großen Schub erhalten hat, wäre die Energiegewinnung nicht revolutionierbar. Sie ist aber dringend zu revolutionieren. Wir haben es hier mit einer doppelten Energiewende zu tun. Zum einen der Ausstieg aus der Kernkraft und zum anderen, unter den Bedingungen eines hochindustrialisierten Landes sehr ehrgeizige Klimaschutzziele zu realisieren. Ohne dass der Staat in diesem Bereich ordnungspolitisch, aber auch durch gezielte Anstöße Initiativen ergriffen hätte, wären wir nicht so weit auf diesem Weg gekommen. Und wie gesagt, wir sind noch nicht am Ende dieses Weges. Aber natürlich ist es etwas, wo der Staat, der das nicht alleine macht, sondern im Verbund mit alten und neuen Energieanbietern, auch als Innovator in Erscheinung tritt. Aber dass ein Industrieland von der Größe und der Stärke unseres Landes sich auf diesen Weg gemacht hat, kann uns nicht nur sozusagen positiv stimmen, sondern es kann auch dafür sorgen, dass andere Industrienationen auf der Welt, wenn wir damit erfolgreich sind, tatsächlich diesem Beispiel folgen. Wenn wir es übrigens nicht schaffen, wird das Gegenteil der Fall sein.

Diese Beispiele zeigen, dass der Staat große wirtschaftliche Innovationen anschieben und befördern kann. Und meine Damen und Herren, das Kapital des Staates ist eben – und das unterstreicht dieses Buch ganz eindrücklich – nicht nur das kreative Potenzial des homo oeconomicus. Nein, das Kapital eines Landes besteht

eben auch in einem starken und handlungsfähigen Staat. Ein Staat, der demokratisch gefällte Entscheidungen auch durchsetzen kann. Ein Staat, der über die Mittel verfügt, Vorleistungen für Investitionen zu erbringen, und selbst investieren kann. Ein Staat, der solide wirtschaftet. Ein überschuldeter Staat ist meist übrigens auch ein schwacher Staat. Und Aufgaben und Ziele für einen handlungsfähigen Staat sehe ich als Sozialdemokrat – Kurt Beck hat es angesprochen – im Moment in vielfältiger Hinsicht.

Eine Aufgabe will ich dabei besonders herausstellen. Dabei geht es eben nicht nur um die technischen Innovationen. Unser Land steht vor größeren politischen und sozialen Herausforderungen, vor den größten Herausforderungen seit der deutschen Wiedervereinigung. Im letzten Jahr sind etwa 1 Mio. Menschen zu uns gekommen. Die meisten von ihnen sind vor politischer Gewalt, vor Krieg, vor politischer Verfolgung geflohen. Und ich bin überzeugt davon, dass unser Land und unser Staat jetzt gerade stark und handlungsfähig sein müssen, diese Herausforderung zu bewältigen, und übrigens auch mit innovativen Lösungen zu meistern. Ja, wir werden sogar gestärkt aus dieser Situation hervorgehen können, wenn es gelingt, die doppelte Integration, die jetzt notwendig ist, zu leisten. Und diese doppelte Integration kann man beschreiben mit der Aufgabe, dafür zu sorgen, dass diejenigen Flüchtlinge, die langfristig bei uns bleiben, tatsächlich auch Mitbürgerinnen und Mitbürger in diesem Land werden können, und auf der anderen Seite in diesem Prozess der Integration auch unsere Gesellschaft zusammenzuhalten. Das ist doppelte Integration und das erfordert in vielerlei Hinsicht tatsächlich einen handlungsfähigen Staat.

Wir können viel dafür tun, dass aus den Flüchtlingen, die dauerhaft bei uns bleiben, eben nicht Leistungsempfänger, sondern Fachkräfte werden. Die Voraussetzung wird jedoch nicht im freien Markt alleine entstehen, sondern durch einen handlungsfähigen Staat geschaffen, der gemeinsam mit einer starken Wirtschaft und einer starken Gesellschaft für sozialen Zusammenhalt sorgt. Es ist aber der Staat, der über die Unterbringung und die nächsten Schritte für die Integration hinaus jetzt aktiv werden muss. Wenn es richtig ist, dass die zentralen Orte und zentralen Fragen der Integration etwas zu tun haben mit der Vermittlung von Sprache und den Chancen auf Bildung, auf Ausbildung, dem Zugang zu Arbeit und Wertevermittlung, dann ist das auch nichts, was sich am freien Markt selbst ergibt, sondern wo wir einen handlungsfähigen und starken Staat brauchen. Und um es an Zahlen einmal eindrücklich

deutlich zu machen: Allein durch die Flüchtlingsbewegung des vergangenen Jahres sind im vergangenen Jahr 320.000 schulpflichtige Kinder zusätzlich zu uns gekommen. Unsere Bildungsplanung in den Ländern rechnet nach wie vor mit sogenannten demografischen Renditen, das heißt, mit zurückgehenden Schülerzahlen, um dann im Bildungssystem auch die Qualität des Bildungssystems steigern zu können, weil man entsprechende Mittel zur Verfügung hat. Jetzt wissen wir, dass man diese Planungen in vielerlei Hinsicht über den Haufen werfen muss. Wir brauchen, damit allein die Unterrichtsqualität im nächsten Jahr nicht schlechter wird – und sie müsste eigentlich besser werden – angesichts von 320.000 zusätzlichen Schülerinnen und Schülern allein 24.000 Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich, die übrigens erst mal ausgebildet werden müssen. Gleichzeitig schlägt 2019 für die zuständigen Länder die Schuldenbremse mit aller Wucht zu. Und ich möchte gar nicht ideologische Fragen der Vergangenheit neu aufrollen, wer zuständig ist. Die Länder sollen es bleiben, aber ich bin der festen Überzeugung, dass ohne eine kräftige gesamtstaatliche Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen wir nicht nur erleben, dass die Integration der Flüchtlingskinder schwierig wird, sondern es zu sozialen Verteilungskämpfen auch gegenüber den jetzt hier im Schulsystem befindlichen Kindern kommt.

Das ist ein profunder Beleg dafür, warum wir gerade in diesen Zeiten nicht nur einen starken Staat, sondern wahrscheinlich einen stärkeren Staat brauchen. Das ist eine Frage des sozialen Zusammenhalts und übrigens auch der ökonomischen Vernunft, wenn wir, wie gesagt, nicht wollen, dass diese Kinder Leistungsempfänger werden, weil sie keine Bildungschancen haben, sondern Teil der Gesellschaft auch im produktiven Sinne, meine Damen und Herren. Wir brauchen also einen starken und handlungsfähigen Staat. Und ich glaube, dass es dafür zwei wichtige Voraussetzungen gibt, damit wir diese Aufgabe auch hinbekommen. Die erste Voraussetzung ist, dass wir wirtschaftlich erfolgreich bleiben. Ich habe vorhin gesagt, wir haben eine robuste wirtschaftliche Situation. Man mag sich einmal vorstellen, dass wir diese große Herausforderung in wirtschaftlich schwächerer und sozial zerrissener Zeit zu bewältigen hätten. Wir können im Moment angesichts von Haushaltsüberschüssen, die da sind, vieles noch leisten. Aber das hat eben mit der Tatsache zu tun, dass wir wirtschaftlich immer noch, trotz aller Risiken, im Moment eine erfolgreiche Situation haben mit 1,7 Prozent Wachstum und eben einer sehr, sehr hohen Beschäftigungsquote. Wir müssen aber alles dafür tun, damit wir

in diesem Prozess eben auch wirtschaftlich erfolgreich bleiben. Und deshalb ist es beispielsweise jetzt notwendig die Frage zu stellen, was wir tun müssen, damit Investitionen in zentralen Bereichen unserer Wirtschaft in Deutschland auch stattfinden können.

Ich nehme mal ein Beispiel raus, nicht nur weil ich Niedersachse bin und weil das wesentliche Unternehmen in meinem Heimatland gerade mit ganz doofen Dingen Schlagzeilen macht, aber die spannende Frage ist: Sind wir beispielsweise in zehn Jahren noch Leitanbieter im Bereich von Mobilität und Automobilen, in einer Zeit, in der wir beim Thema Digitalisierung aufpassen müssen, ob die Wertschöpfung demnächst bei Google oder eben bei Volkswagen stattfindet? Und sind wir auch noch Leitanbieter dieser Technologien, wenn wir es verschlafen, neue Antriebsformen voranzubringen, vor allen Dingen im Bereich der Elektromobilität? Wir brauchen also eine aktive Wirtschafts- und Strukturpolitik, damit Investitionen in den zentralen Bereichen, die wir nicht verschlafen dürfen, auch stattfinden. Wir lehnen uns aus meiner festen Überzeugung im Moment noch zu sehr auf Erfolge der Vergangenheit zurück. Ja, es ist richtig, Deutschland ist die stärkste Volkswirtschaft in Europa, mit Wertschöpfungsketten, vor allen industriellen Wertschöpfungsketten, die andere so nicht mehr kennen, mit einem industriellen Anteil von immer noch 22 Prozent. Aber das ist, wie gesagt, kein Grund, sich selbstzufrieden zurückzulehnen. Denn Tatsache ist, die Entwicklung geht weiter. Und, am Beispiel der Automobilindustrie habe ich es eben verdeutlicht, es sind jetzt Maßnahmen notwendig, auch staatlich flankierend, um dafür zu sorgen, dass wir auch noch in zehn Jahren Wertschöpfung und Arbeitsplätze in diesem Bereich in Deutschland haben.

Das ist die erste Voraussetzung: Wir müssen wirtschaftlich erfolgreich bleiben. Die zweite ist es, vor allem auch dafür zu sorgen, dass wir finanzpolitisch handlungsfähig sind, dass wir auf eine solide Finanzpolitik setzen, die Spielräume eröffnet, eben mehr auch in soziale Investitionen zu gehen, vor allen Dingen zur Integration der Zuwanderer. Und deshalb ist, meine Damen und Herren, für uns ein moderner, ein handlungsfähiger Staat eben kein bürokratischer Besserwisser. Er ist vor allem Anschieber und Ermöglicher. Wir, das heißt Politik und Staat, machen unseren Teil; die Unternehmen ihren. So stelle ich mir eine gute und auch eine effiziente Arbeitsteilung vor. Aber dabei dürfen die Bürgerinnen und Bürger von einem unternehmerischen Staat – und auch das unterstreicht das Buch – auch so etwas wie eine Rendite erwarten. Die Mindestrendite

ist, dass die Unternehmen, die von staatlichen Investitionen profitieren, auch ihren gerechten Steueranteil für die Vorauszahlung oder Vorleistung zahlen, die Staat und Gesellschaft erbracht haben. Das finanziert gute Kindergärten, Schulen, duale Ausbildung, Universitäten, eine gute Infrastruktur und auch ein vernünftiges soziales Gemeinwesen. Und der Staat und seine Gesellschaft können auch erwarten, dass Gewinne in Deutschland auch zu neuen Investitionen führen, und nicht das Horten von Profiten und die Dominanz von Finanzprodukten als Anlageform die gewünschte Folge von kluger staatlicher Investitionspolitik ist.

Der sozialdemokratische Anspruch an ein gelungenes Zusammenspiel von Staat und Wirtschaft besteht in der Schaffung sauberer Technologien für ressourcenschonendes Wachstum mit vielen guten Arbeitsplätzen und auch einer hohen Lebensqualität. Und Mariana Mazzucato weist zu Recht darauf hin, dass Innovationen von heute aufbauen eben auf den Innovationen von gestern. Dass es in der Regel um inkrementellen Fortschritt und nicht nur um disruptive Entwicklungen geht. Richtig ist auch, das ist ihre Erkenntnis, dass es dafür nur logisch ist, dass die Kehrseite der Medaille ist, dass die Gewinne breiter verteilt werden. Da trifft sich übrigens der Preisträger des letzten Jahres mit der Preisträgerin dieses Jahres. Wir müssen auch über die Verteilung dann eben von Gewinnen im gesellschaftlichen Wohlfahrtssinne nachdenken. Das ist unsere sozialdemokratische Vorstellung, aus technologischen und technischen Innovationen auch soziale Innovationen zu machen. Nicht Profit für wenige, sondern Wohlstand für alle ist das Motto, was wir haben. Also kurzum: Der Staat darf auch nicht finanziell ausgetrocknet werden, wie wir das in der Vergangenheit erlebt haben, sondern er muss handlungsfähig auch im finanziellen Sinne bleiben. Und ich glaube, das ist etwas, was interessanterweise selbst bei konservativen Finanzministern eine Vorstellung ist, die sich langsam durchsetzt, auch wenn es manchmal ein bisschen länger dauert. In der EU jedenfalls haben wir inzwischen Fortschritte, wenn es darum geht, zumindest mal zu gemeinsamen Bemessungsgrundlagen für die Unternehmensbesteuerung zu kommen. Lieber Kurt, ich weiß, dafür haben wir jahrelang gekämpft. Langsam bewegt sich das, und das ist vielleicht ein Zeichen der Hoffnung, dass auch in Europa erkannt wird, dass wir handlungsfähige Gemeinwesen brauchen, die nicht von internationalen Konzernen immer wieder gegeneinander ausgespielt werden können. Aber wenn ich mir die aktuelle Berichterstattung anschau, ist das noch ein Stück Arbeit.

ich will es kurz machen: Wir stehen vor einer Fülle von Herausforderungen im Bereich der Wirtschaftspolitik. Wenn es um neue Mobilitätsformen geht, um Erneuerbare Energien, um Genforschung, um Nanotechnologie, um Smart Factorys, um Industrie 4.0 – all das sind Entwicklungen, die bereits Auswirkungen auf unsere Art des Wirtschaftens und Zusammenlebens haben, die unseren Alltag und unser Leben beeinflussen. Wir wollten immer in unserer Geschichte, seit 150 Jahren, wie gesagt, dass aus ökonomischem und technischem Fortschritt auch sozialer Fortschritt wird. Das stand am Anfang der Sozialdemokratie. Als andere noch glaubten, als Maschinenstürmer technologischen Fortschritt aufhalten zu können und mit Äxten und Hämmern im schlesischen Revier auf den mechanischen Webstuhl losgegangen sind, waren Sozialdemokraten und Gewerkschafter diejenigen, die da anders rangegangen sind, die durch politischen Kampf die Rahmenbedingungen so verändern wollten, dass aus Fortschritt für wenige ein Fortschritt für möglichst viele oder alle wird.

Diese Aufgabe stellt sich im 21. Jahrhundert in vielerlei Hinsicht neu. Wir sind im Interesse von gesellschaftlichem Fortschritt der Meinung, dass wir dabei eben auch auf das Kapital des Staates im Sinne der Autorin Mariana Mazzucato setzen sollten. Und ich glaube, dass die Jury gut daran getan hat, dieser klugen und starken Frau für dieses kluge und starke Buch tatsächlich den Preis zu verleihen, den wir auf ein altes Motto bringen können, das wir aber neu austarieren müssen, nämlich auf den berühmten Satz des Godesberger Programms von Karl Schiller: So viel Markt wie möglich, so viel Staat, wie nötig. Aber die Unterstreichung ist: So viel Staat, wie nötig. Und nicht: so wenig wie möglich. Frau Mazzucato, ich gratuliere Ihnen ganz herzlich zum Hans-Matthöfer-Preis in diesem Jahr. Wir wünschen Ihrem Buch noch weitere Verbreitung, ich habe viel darüber lesen können, ich habe das Buch auch selbst lesen können. Es ist anregend, jedem zur Lektüre empfohlen. Wir wünschen Ihnen in Ihrer wissenschaftlichen Arbeit viel Erfolg und wir sind der festen Überzeugung, dass Ihr wissenschaftliches Werk politische Relevanz hat.

Herzlichen Glückwunsch zum Hans-Matthöfer-Preis 2015, herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Laudatio

Brigitte Preissl

Chefredakteurin der Fachzeitschriften „Wirtschaftsdienst“ und „Intereconomics“, Mitglied der Jury

Für den Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik 2015 wurde ein Buch ausgewählt, dessen Einführung überschrieben ist mit „Es anders machen“. Mit einem enthusiastischen „Ja“ auf den Lippen – denn neue Impulse für die Innovationspolitik sind rar – las ich weiter und wurde nicht enttäuscht.

Die Abwägung zwischen den Einreichungen führte immer wieder zu dem „Kapital des Staates“ zurück. Dies geschah nicht zuletzt, weil in diesem Buch – illustriert durch viele Beispiele – Lehren gezogen werden, die plötzlich auf der Hand zu liegen scheinen, denen aber auch eine gewisse Ungeheuerlichkeit anhängt. Die kommt im englischen Titel „*The Entrepreneurial State*“ sehr deutlich zum Ausdruck: Hier will jemand den Staat zum Unternehmer machen. Haben wir nicht alle –

die Ökonomen an vorderster Front, aber auch die Politik, die Medien, selbst das Feuilleton – die These, der Staat habe zwar viele Aufgaben, keineswegs aber die, Unternehmer zu sein, bedingungslos anerkannt, gewissermaßen als der Marktwirtschaft immanente Eigenschaft?

Hier geht es aber um Innovationen, und ebenso wie diese aus „anders denken“ entstehen, entwickelt Mariana Mazzucato ihre Ergebnisse aus einer konsequenten Analyse von Innovationsprozessen, aus der sie völlig vorurteilsfrei ihre Schlüsse eben anders zieht als allgemein üblich.

Ein Blick auf die Biographie der Autorin zeigt, dass sie genau die Institutionen für Ihre wissenschaftliche Ar-



Brigitte Preissl, Mitglied der Jury

beit ausgesucht hat, die bekannt sind für Exzellenz, Querdenken und kritische Ansätze. Gleichzeitig sind sie Anziehungspunkte für Forscher, die eine intensive intellektuelle Auseinandersetzung mit gängigen Lehren garantieren. Zu nennen sind insbesondere: Die New School for Social Research in New York und SPRU – die Science Policy Research Unit an der University of Sussex, an der Mariana Mazzucato seit 2011 den Lehrstuhl für „Economics of Innovation“ innehat. SPRU ist eine Forschungseinrichtung, die seit Jahrzehnten eines der führenden Zentren für Technologie- und Innovationspolitik in Europa ist. Die Tatsache, dass Frau Mazzucato zudem Mitglied einer ganzen Reihe von Beratungsgremien ist, die der Verbesserung der Innovationspolitik in Europa dienen, unterstreicht, dass ihr Buch nicht nur für die wissenschaftliche Community sondern auch für die politischen Entscheidungsträger geschrieben wurde.

Doch wie ist die Arbeit Mariana Mazzucatos nun im wissenschaftlichen Kontext der Innovationsforschung zu verorten?

Dass Innovationen systemisch generiert und realisiert werden, ist seit Langem bekannt. Zu verweisen ist hier zum Beispiel auf Arbeiten von Nelson und Winter zu Innovation Systems in den 1980ern oder von Spielkamp und Vopel zu Innovation Clusters Ende der 1990er Jahren. Diese Arbeiten, die lange einen bedeutenden Strang der Innovationsforschung prägten, haben zwar die Akteure, die zu erfolgreichen Innovationen beitragen, identifiziert; aber die Arbeitsteilung zwischen ihnen, die Aufgaben der einzelnen Gruppen über die verschiedenen Phasen des Innovationsprozesses hinweg, wurden nicht wirklich untersucht. Diese Lücke füllen die Arbeiten von Mariana Mazzucato aus. Im vorliegenden Buch „*Das Kapital des Staates*“ wird die Rolle eines Akteurs, nämlich die des Staates in den Mittelpunkt gestellt. Mit ihrer Forschung und eben auch mit diesem Buch reiht sich Mariana Mazzucato nahtlos ein in die Reihe bedeutender Innovationsforscher, wie etwa Richard Nelson und Sidney Winter, Bengt-Åke Lundvall, Giovanni Dosi und Christopher Freeman oder Franco Malerba.

Was ist nun der Kern dieser anderen Geschichte von Innovation und Wachstum? Anhand vieler neuerer Beispiele, aber auch mit Blick auf die Geschichte früherer technischer Neuerungen stellt die Autorin fest, dass bei sehr vielen grundlegenden Innovationen die bahnbrechenden wissenschaftlichen Fortschritte zunächst aus staatlich finanzierten Labors und For-

schungszentren kamen. Das gilt etwa für das Internet und die Suchmaschinen, das iPhone, die Windenergie, die Entwicklung weit verbreiteter pharmazeutischer Wirkstoffe oder die Kernenergie. Die Liste der Beispiele ist lang, und mit jedem einzelnen tritt das zentrale Argument überzeugender zutage: Der Staat hat hier eine Rolle zu spielen, die weit über das Reparieren von Marktversagen hinausgeht.

Damit die Vorstellung von einem Europa, das wachstums- und innovationsstark ist, glaubwürdig wird, ist einiges „anders zu machen“. Staatliche Forschungsförderung ist zwar allgemein etabliert und wesentlicher Bestandteil der Innovations- und Technologiepolitik in Europa. Aber – und das wird hier eindringlich gezeigt –, es kommt nicht nur darauf an, dass der Staat die Forschung fördert, sondern wie er es tut.

In traditionellen Modellen schaltet sich der Staat dann und nur dann ein, wenn Marktversagen vorliegt. Und die ökonomische Zunft, ebenso wie Politik und Öffentlichkeit haben das verinnerlicht. Dabei übersehen sie das große Potential an Entwicklungsdynamik, das erschlossen werden könnte, löste man sich aus der ideologischen Erstarrung und wiese dem Staat die Aufgaben zu, die er am besten bewältigen kann. Bei radikal neuen Techniken, die einen langen Entwicklungsweg mit über weite Strecken ungewissem Ausgang durchlaufen, muss der Staat zum Visionär werden. Er muss und kann hohe Risiken eingehen, wenn er an eine neue entscheidende Idee glaubt und dafür die Basis schaffen will. In der Sprache Mariana Mazzucato gesagt geht es nicht darum, Märkte zu reparieren, sondern Märkte zu erschaffen, dort einzuspringen, wo weder Unternehmen noch Wagniskapitalgeber Risiken auf sich nehmen wollen. Dies setzt aber voraus, dass der Staat Vertrauen in die eigene Gestaltungsfunktion hat. Damit führt er den Wachstumsprozess an statt ihn zu begleiten.

Dieses grundsätzliche Missverständnis blockiert eine dem Innovationsprozess gerecht werdende Politik – auch in Deutschland. Grundlagenforschung wird hier zurückgefahren, gefördert werden soll nur noch, was absehbar zu marktreifen Produkten wird. Dass Forschung oft einen langen Atem braucht, ergebnisoffen sein muss, das Risiko des Scheiterns einschließt und eben deswegen den Staat als Akteur braucht, scheint vergessen. Mariana Mazzucato's Buch ruft es ins Gedächtnis zurück. Einer Industriepolitik, die bei der Nachfrage nach innovativen Produkten ansetzt, erteilen ihre Beispiele eine Absage.

Doch die Vision eines unternehmerischen Staates bleibt nicht bei der Forderung stehen, ein bisschen mehr Geld hier und ein bisschen weniger da zu verausgaben, hier wird eine grundsätzlich andere europäische Innovationsförderung skizziert. Diese impliziert unter anderem ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Unternehmen und Staat: wenn dieser die Risiken der Grundlagenforschung übernimmt, sollte er – anders als bei parasitären Verhältnissen – auch an der Rendite beteiligt sein. Eine Partnerschaft, bei der der Staat für bestimmte Phasen des Innovationsprozesses, nämlich die Entwicklung einer zukunftsweisenden technologischen Basis, zuständig ist, die die Unternehmen zu marktfähigen Produkten und Dienstleistungen weiter entwickeln, schließt eine angemessene Beteiligung des Staates an den Gewinnen ein. Diese könnte dann – so der Vorschlag von Mariana Mazzucato – in neue Forschungen investiert werden.

Wie aktuell das Ganze ist, und wie notwendig dieses Buch für eine zukunftsweisende Politik, sei kurz an zwei Beispielen erläutert: Heute werden in Deutschland Unterstützungmaßnahmen für Elektroautos diskutiert. Es wird diskutiert, deren Absatz mit einigen Tausend Euro pro Fahrzeug zu subventionieren. Wie sind wir in diese Situation geraten? Offensichtlich ist es den Unternehmen nicht gelungen, die entsprechende Technik so zu entwickeln, dass die Produktionskosten einen marktgerechten Preis erlauben. In den siebziger und achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts floss viel Geld in die Batterieforschung. Doch als neue Forschungserkenntnisse nur noch spärlich zutage traten, der Ölpreis fiel und sich die Autofahrer gleichzeitig an höhere Benzinnpreise gewöhnt hatten, war es mit der Euphorie vorbei. Forschungsinstitute wurden geschlossen und Elektromobilität erst einmal verschoben. Wie wären diese Prozesse verlaufen, hätten die Erkenntnisse aus dem „Kapital des Staates“ schon zur Verfügung gestanden? Mich würde brennend interessieren, wie Frau Mazzucato diesen Innovationsprozess, der zu mehr Elektromobilität führen sollte, beurteilt.

Auch in einem anderen Feld würde man unter Beherrschung der Lehren, die hier vorgestellt werden, vielleicht zu einer anderen Politik kommen – und dieses Beispiel nennt Frau Mazzucato selbst. Sie fragt: Ist es sinnvoll, den südeuropäischen Krisenländern einen sparsamen Staat aufzuerlegen, die Austeritätspolitik über alles zu stellen, wenn es gerade darum geht, der Wirtschaft neue Impulse zu geben, etwa durch den Aufbau einer innovationsfähigen Industrie? Aber das würde wahrscheinlich doch noch zu viel „anders den-

ken“ von Ökonomen und „anders machen“ von Politikern erfordern und einen unternehmerischen Staat, der sich auch selbst dem Risiko des „policy learning“ aussetzt.

Frau Mazzucato, wir danken Ihnen von ganzem Herzen für dieses Buch.



WIRTSCHAFT.WEITER.DENKEN.

Wissens-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

Freitag, den 22. Februar 2016 | Berlin

Preisverleihung an Prof. Mariana Mazzucato

Das Kapital des Staates –
eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum

Dankesrede

Mariana Mazzucato

Professorin für Innovationsökonomie an der Universität Sussex

Ich möchte mich ganz herzlich bei den beiden Stiftungen, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hans-Matthöfer-Stiftung, für die Verleihung dieses Preises bedanken. Vom Berliner Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen habe ich erfahren, wie wichtig die Arbeit von Hans Matthöfer gewesen ist, der die Gewerkschaftsbewegung mit der wissenschaftlichen Gemeinschaft zusammenbrachte – und so eine Verbindung zwischen der Welt der Arbeit und der Welt der Wissensbildung herstellte. Das war eine außergewöhnliche Leistung, die auch heute noch sehr relevant ist, wenn wir die Volkswirtschaften Europas erneuern und Arbeitsplätze schaffen wollen, die die Seele bereichern können und, wie es in der Strategie der Kommission heißt, für intelligentes, integratives und nachhaltiges Wachstum sorgen.

Europa steht heute vor ernsthaften Problemen. Aus einer Finanzkrise ist eine Wirtschaftskrise geworden. Und die Lösungen, die uns einfallen, machen deutlich, dass auch unsere Vorstellungskraft in eine Krise geraten ist. Diese letztgenannte Krise ist auf die eingeschränkte Art und Weise zurückzuführen, mit der wir über Politikgestaltung und die verschiedenen zur Verfügung stehenden Optionen nachdenken.

Fangen wir mit der Rolle des Staates an. Traditionell definieren Ökonomen die Rolle des Staates in der Wirtschaft mit Begriffen wie „Förderung“ und „Risikominimierung“ im Privatsektor oder „Schaffung von Rahmenbedingungen“ für Wachstum sowie „korrigierendem Eingreifen“ bei verschiedenen Arten des „Marktversagens“. Oder – und das ist der Begriff, den



Mariana Mazzucato, Preisträgerin

ich nicht mag – der „Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen“, sodass all die interessanten, dynamischen und kreativen Dinge tatsächlich geschehen können. ... Wo? Natürlich in der Wirtschaft.

Stellen Sie sich vor, Sie wären ein wirklich intelligenter, junger Universitätsabsolvent, der darüber nachdenkt, welchen Beruf er gern ergreifen würde. Sie haben die Auswahl: Sie könnten diese fördernde, risikovermindernde Rolle wählen, in der Sie die Rahmenbedingungen für andere schaffen, die dann große Dinge vollbringen; oder Sie steigen in das trendige, kreative, dynamische Unternehmen ein, sind mitten drin und ziehen diese Dinge selbst auf... Da fällt die Wahl nicht schwer und führt zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung, und zwar zu einer sehr gefährlichen: Je weniger wir staatliche Institutionen als aufregend, visionär, aktiv, couragiert oder aufgabenorientiert bezeichnen können, desto weniger Menschen wollen in ihnen arbeiten. Natürlich gibt es viele talentierte Leute, die in der Regierung arbeiten. Aber das graue Image, das dem Staat anhaftet, ist nicht gerade ein Plus bei der Mitarbeitergewinnung. Anstatt dem Staat ständig vorzuwerfen, zu bürokratisch zu sein, sollten wir lieber kreativer darüber nachdenken, wie wir in Regierungsorganisationen eine Dynamik fördern können, die es ihnen ermöglicht, zu lernenden Organisationen zu werden, die bereit sind, Dinge zu erforschen, auszuprobieren und aus konventionellen Denkmustern auszubrechen.

Vergleichen wir das damit, wie wir mit großen, möglicherweise auch bürokratischen Unternehmen umgehen. Ihnen sagen wir nicht, sie sollen sich raushalten; wir sagen ihnen, sie müssen sich verjüngen und wieder beweglicher werden. Es gibt zum Beispiel Lehrbücher mit Titeln wie *„Rejuvenating the Mature Corporations“*, weil wir wissen, dass große Unternehmen manchmal zu träge, engstirnig und langsam werden. Aber deshalb sind wir noch lange nicht der Überzeugung, dass große Unternehmen abgeschafft oder „gestutzt“ werden sollten. Vielmehr tauchen neue Rezepte für Reformen, Kapazitätserhöhung und Erneuerung auf.

Natürlich wissen wir, dass staatliche Organisationen genauso bürokratisch und langsam werden können. Aber statt daraus zu folgern, dass sie „gestutzt“ werden müssen und sich in ihrem Erscheinungsbild dem Privatsektor anzunähern haben (durch neues öffentliches Management), sollten wir auf neue Erkenntnisse über die Schaffung von Public Value und den Kapa-

zitätsaufbau in staatlichen Organisationen vertrauen. Andererseits ist bei staatlichen Organisationen, die tatsächlich strategisch geschickt, entschlossen und mutig sind – sei es die BBC oder eine öffentliche Bank wie die KfW –, oft zu hören, dass sie den privaten Sektor „verdrängen“ und es wagen, in Bereiche vorzudringen, die angeblich dem „Markt“ vorbehalten sind. Es heißt auch, sie sollten nicht so kühn sein, strategische Entscheidungen zu treffen und sich auf einen bestimmten Kurs festzulegen – sie sollen nicht „Gewinner herauspicken“, sondern vielmehr den Weg für mögliche Gewinner ebnen. Und wenn Entscheidungen getroffen werden, wird nur gespannt darauf gewartet, dass diese fehlschlagen, um zu hören, dass Misserfolge ein Teil des Lernprozesses seien.

Wenn „aktiven“ staatlichen Organisationen gesagt wird, dass sie den Privatsektor „verdrängen“, liegt dem die Annahme zugrunde, dass der Markt eine feste Größe ist und dass sich eine staatliche Organisation nur in einen Teil davon einmischen darf. Insbesondere sollte sich der Staat nur in ganz konkreten Fällen von Marktversagen einmischen, z. B. wenn es um „öffentliche Güter“ wie Grundlagenforschung geht. Das klingt positiv – aufgrund des Wortes „Gut“ – aber das ist eine beschränkte Wahrnehmung. Nur wenn bestimmte Bedingungen vorliegen – verschiedene Arten von positiven und negativen externen Effekten – ist es dem Staat erlaubt, einzuschreiten und seine Bandagen anzulegen. Agiert er zu ambitioniert und couragiert, wird er gleich wieder zurückgepfiffen.

Aber was ist der Markt? Der Markt ist als Resultat von Interaktionen zu verstehen: zwischen verschiedenen Akteuren des privaten Sektors, verschiedenen Akteuren des öffentlichen Sektors und natürlich jenen Kräften der Zivilgesellschaft, die schon immer wichtig für die Gestaltung von Märkten waren. Öffentliche Organisationen sind daher als Mitgestalter des Marktes zu begreifen und nicht als Störenfriede. Der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler und Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi vermittelt uns in seinem Buch *„The Great Transformation“* aus dem Jahr 1944 ein Verständnis dafür, wie die Politik maßgeblich zur Schaffung dessen beigetragen hat, was wir als nationalen, kapitalistischen Markt betrachten. Tatsächlich schreibt er dazu: „Verwaltungsbeamte mussten ständig aufpassen, um das freie Funktionieren des Systems zu gewährleisten“. Dennoch ignorieren Wirtschaftswissenschaftler diese Lehre und ziehen es vor, den Markt als etwas zu sehen, das perfekt funktioniert und nur hin und wieder korrigiert werden muss.

Wenn wir dem Staat in unserer Denkweise nur eine so begrenzte Rolle zubilligen, bedeutet das, dass wir die Rolle staatlicher Organisationen, die sie bei der Schaffung und Gestaltung von Märkten tatsächlich spielen, überhaupt nicht richtig beurteilen können. Es bedeutet außerdem, dass wir Staatsbedienstete nicht darauf vorbereiten, sich in der Rolle des Marktgestalters zu sehen.

Mit meinem Buch *„The Entrepreneurial State: Debunking Public vs. Private Sector Myths“*¹ bzw. seiner deutschen Übersetzung *„Das Kapital des Staates“*², will ich die Mythen der staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteure entlarven. Ich habe mich auf die vielen Beispiele konzentriert, in denen staatliche Institutionen maßgeblich zu risikoreichen Investitionen beitrugen, die später zu bahnbrechenden technologischen Veränderungen führten – in der Tat wurden all jene Technologien, die unsere iPhones smart werden ließen, vom Staat finanziert: das Internet, GPS, das Touchscreen-Display und SIRI. Während dies alles Beispiele aus dem technologischen Bereich sind, gab es auch auf der Nachfrageseite mutige politische Entscheidungen. Die Revolution der Massenproduktion hätte ohne die Strategien der Politik rund um die Suburbanisierung nicht diese Wirkung gehabt. Jedoch wird dies in dem großartigen Buch über Steve Jobs mit keinem einzigen Wort erwähnt. Eine wirklich sehr einseitig erzählte Geschichte. Und Plato hatte recht: Diejenigen, die die Geschichten erzählen, regieren die Welt. Wir müssen anfangen, andere Geschichten zu erzählen und aus ihnen zu lernen.

Eine Theorie der Rolle des Staates bei der Marktschaffung zu entwickeln – und in der Lage zu sein, die „Geschichten“ zu erzählen – ist unerlässlich, um die Art von dynamischen, staatlichen und privaten Partnerschaften aufbauen zu können, die wir heute wirklich brauchen, um den gesellschaftlichen und technologischen Herausforderungen vom Klimawandel bis zur demografischen Alterung zu begegnen. Es geht mir nicht darum, die Rolle des Privatsektors herunterzuspielen, denn von genauso zentraler Bedeutung ist es, diesen Teil der Geschichte richtig wiederzugeben. Der private Teil solcher Partnerschaften ist jedoch hinlänglich bekannt; über die Bedeutung von Unternehmen wird täglich berichtet. Aber es fehlt die Theorie zur

staatlichen Seite, und das ist der Hauptgrund dafür, dass diese Arten von staatlich-privaten Partnerschaften häufig sehr lahm und ohne erkennbare Richtung und Dynamik sind. Um den Dialog zwischen Privatwirtschaft und Regierung neu auszurichten, müssen wir den Staat meiner Meinung nach endlich – zusammen mit dem Privatsektor – als aktiven Risikoträger, als einen Co-Investor begreifen. Und wenn wir von ihm fordern, die Risiken zu sozialisieren, dann müssen wir auch neue Wege finden, ihn an den Gewinnen teilhaben zu lassen.

In Europa schauen wir oft auf Silicon Valley und suchen nach Lehren, die sich auf unsere eigenen Länder übertragen lassen. Nehmen wir einmal Matteo Renzi, einen Sozialdemokraten. Renzi zog aus, um von Silicon Valley zu lernen. Aber was brachte er mit nach Hause? Er brachte lediglich Ideen mit, wie man Arbeitsmärkte per Arbeitsrecht reformieren und flexibler machen kann. Aber eigentlich ging es in Silicon Valley nie um Arbeitsmarktreformen, sondern um neue Wege der Zusammenarbeit von staatlichen und privaten Akteuren entlang der gesamten Innovationskette, um Wohlstand zu schaffen.

Was ist also tatsächlich in Silicon Valley passiert? Und welche Lehren sind daraus zu ziehen, um zu verstehen, was heute in den Ländern passiert, die Innovation in den Mittelpunkt ihrer Wirtschaftspläne gerückt haben, wie China, Deutschland, Israel, Finnland und Dänemark?

Erstens gab es ein dezentralisiertes Netzwerk staatlicher Akteure, die sich über die gesamte Innovationskette hinweg engagierten und aktiv waren – nicht nur in der Grundlagenwissenschaft und Grundlagenforschung. Während die Grundlagenforschung unerlässlich und in der Tat (aufgrund der hohen Ausstrahlungseffekte, die es dem Privatsektor schwermachen, sich die Erträge anzueignen) ein klassisches „öffentliches Gut“ ist, ging die Rolle des Staates über diese Frühphase hinaus. Staatliche Einrichtungen investierten aktiv in die angewandte Forschung, wobei sie Feedback-Schleifen zwischen der Grundlagenforschung und der anwendungsorientierten Forschung ermöglichten und sogar in die Früh- und Startphasen einzelner Unternehmen investierten.

1 <http://marianamazucato.com/the-entrepreneurial-state>

2 <http://marianamazucato.com/projects/the-entrepreneurial-state/das-kapital-des-staates/>

Nachgelagerte Investitionen sind von entscheidender Bedeutung, da innovative Unternehmen – also diejenigen, die wirklich Risiken eingehen und auf ihrer Suche nach neuen Wegen oft auch scheitern – nicht eine beliebige Form der Finanzierung brauchen. Für sie ist eine langfristige, geduldige und verbindliche Finanzierung erforderlich. Es ist ein Mythos, dass es keine ausreichenden Finanzmittel gibt. Es gibt sie – das Problem ist nicht die Menge, sondern die zur Verfügung stehende Art der Finanzierung, die nur allzu oft kurzfristig und spekulativ ist. Selbst Risikokapital mit seinem auf einem schnellen Exit beruhenden Modell hat viele Firmen dazu veranlasst, zu früh Aktien herauszugeben, was in Industriezweigen wie der Biotechnologie zu Problemen geführt hat. Daher ist das von Geduld geprägte Engagement, das staatliche Einrichtungen in den USA über die gesamte Innovationskette hinweg zeigen, äußerst wichtig.

Zweitens waren die beteiligten staatlichen Einrichtungen – von der NASA und DARPA bis zur CIA, die einen der größten staatlichen Risikokapitalfonds hat – entscheidend: Die CIA hat die Forschung finanziert, aus der das Touchscreen-Display hervorging; die Natural Science Foundation (NSF) stand hinter Googles Algorithmus; die National Institutes of Health (NIH) haben rund 75 Prozent der revolutionärsten neuen Arzneimittel finanziert – neue Wirkstoffe mit Prioritätseinschätzung; und das Programm „Small Business Innovation Research“ (SBIR) finanzierte Unternehmen wie z. B. Compaq und Intel.

Auf ihren Internetseiten sagen die gerade erwähnten Organisationen von sich selbst nicht, sie würden hier und dort mal ein kleines Problem lösen – nein, sie denken „im großen Maßstab“ und haben verschiedene Arten von Missionen im Sinn. Missionen sind konkrete Probleme, die ein neues Denken in verschiedenen Wirtschaftsbereichen verlangen. Der Flug zum Mond stellte ein sehr großes Problem dar und erforderte neue Arten der Zusammenarbeit von einem Dutzend verschiedener Branchen. Es war in der Tat die Umsetzung von Vorstellungskraft, die neue Welten voller Möglichkeiten öffneten. Wir brauchen heute eine ähnliche Vorstellungskraft, um neue Arten von technologischen und gesellschaftlichen Problemen zu bekämpfen. Dabei geht es nicht um die Unterstützung spezieller Wirtschaftszweige, sondern darum, die Sektoren zu einem anderen Denken zu bewegen und die innovativsten Unternehmen in diesen Bereichen dazu zu inspirieren, auf eine neue Art und Weise zusammenzuarbeiten. Das bedeutet jedoch nicht nur,

dass der öffentliche Sektor solche Unternehmen „befähigt“, sondern auch, dass er die kapitalintensiven Investitionen in den Frühphasen trägt, vor denen die risikoscheuen Unternehmen zurückschrecken. Genau das ist in der Bio- und Nanotechnologie passiert und geschieht heute wieder in den revolutionären Energie- und Umwelttechnologien.

Es ist zwar richtig, dass viele der Investitionen, die ich in meinem Buch diskutiere, das Resultat des militärisch-industriellen Komplexes sind. Aber auch im Gesundheits- und Energiewesen hat man dazugelernt. Die National Institutes of Health zielen darauf ab, die Möglichkeiten der Biowissenschaften durch die Lösung zentraler Gesundheitsprobleme zu verändern. Und ARPA-E, die Forschungseinrichtung des Energieministeriums, ist ein zentrales Element in der US-Regierungsagenda rund um den Klimawandel, dem erst kürzlich schneller als dem Privatsektor ein äußerst wichtiger Durchbruch auf dem Gebiet der Batteriespeicherung gelungen ist.

Dieser Einblick in die missionsorientierte Natur von erfolgreichen Organisationen des öffentlichen Sektors ist der Schlüssel, ein weiteres wichtiges Phänomen zu verstehen: wie sie es schafften, Spitzenkräfte zu gewinnen. ARPA-E wurde von einem nobelpreisgekrönten Physiker, Steven Chu, ins Leben gerufen, der 2009 das US-amerikanische Energieministerium leitete. Seinerzeit hat die US-Regierung ein sehr „grünes“ Konjunkturprogramm aufgelegt. Und während ein so großer Impuls, der durchaus hätte größer sein dürfen, kurzfristig vielleicht staatliches Geld kostet, ist er doch der Schlüssel zu langfristigem Wachstum. Solche Investitionen in Humankapital, Technologie und Forschung erhöhen die Produktivität, stimulieren neue Sektoren und steigern letztendlich das BIP, sodass das Schulden/BIP-Verhältnis selbst bei steigendem Defizit im Zaum gehalten wird. Der Fokus liegt auf dem Nenner, nicht auf dem Zähler!

Es ist kein Zufall, dass das US-Energieministerium von einem hochrangigen Wissenschaftler geleitet wurde. Bei missionsorientierten Programmen dieser Art ist es eine Ehre, für die Regierung zu arbeiten. Weitere Lehren sind daraus zu ziehen, wie diese Organisationen aufgebaut sind: DARPA ist beispielsweise dafür bekannt, die Dynamik der Organisation zu berücksichtigen und Mitarbeiter für 4-5 Jahre aus anderen Abteilungen abzubrufen. Diesen wird gesagt, dass sie Fehlschläge als wesentlichen Teil des Innovationsprozesses akzeptieren sollen. In einem Buch, das ich kürz-

lich über missionsorientierte Programme geschrieben habe, ist ein großartiges Zitat von der ehemaligen Direktorin von ARPA-E, Cheryl Martin, zu lesen. Darin erklärt sie, dass die Organisation ihren Erfolg an der Höhe des Risikos misst, das sie bereit waren einzugehen (wobei Fehlschläge in diesem Prozess unvermeidbar sind) und daran, ob die Erfolge überhaupt „von Bedeutung“ wären.

Leider sind solche strategischen staatlichen Organisationen, die Risikobereitschaft zeigen, heute heftiger Kritik ausgesetzt. ARPA-E soll sich zurückhalten und mehr Grundlagenforschung als angewandte Forschung betreiben – sich nur auf das Problem des öffentlichen Guts konzentrieren. Im Vereinigten Königreich steht die BBC in der Kritik. Warum? Weil sie es wagt, Soaps und Talkshows zu produzieren, statt nur Dokumentationen und qualitativ hochwertigen Nachrichtenjournalismus zu zeigen. Weil sie es gewagt hat, ihre Online-Sparte auszuweiten, in verschiedene Formate und in diesem Prozess in ihre eigenen Kapazitäten und Fähigkeiten zu investieren, darunter in IT und wissenschaftliches Wissen, und dabei so erfolgreich ist. Sie war in der Tat einer der ersten Produzenten von Heimcomputern (BBC Micro), und heute ist sie der Produzent der innovativsten Online-Plattform für Fernsehsendungen: dem BBC iPlayer. Sie hat in ihre eigenen Kapazitäten investiert, anstatt Fremdfirmen zu beauftragen, wie es so viele andere staatliche Institutionen heutzutage machen. Outsourcing mag im Catering-Bereich gut funktionieren, aber wenn es das Gehirn einer Organisation trifft, verringert sich ihre Fähigkeit, mit visionären Ideen zu arbeiten, da es ihr dadurch sehr schwermacht wird, zukünftige soziale und technologische Chancen auch nur zu verstehen. Was wir in der Innovationsliteratur „Absorptionskapazität“ nennen (was allerdings nur auf Unternehmen der Privatwirtschaft angewendet wird), geht dann verloren.

In der Tat liegt die Gefahr der Austeritätspolitik nicht so sehr in kurzfristigen Budgetkürzungen, sondern in den Auswirkungen in Form von Kompetenzabbau im öffentlichen Sektor und dem Verlust seiner Fähigkeit, Mitarbeiter zu rekrutieren, wenn Aufgaben wegfallen. Und alles, was wir hören ist, dass Staatsbedienstete zu langsam und bürokratisch seien oder in David Camerons schockierenden Worten von 2010: Sie seien die „Feinde der Unternehmen“.

Auch für die Eurozone gibt es hier wichtige Lektionen. Die USA haben die freie Marktwirtschaft und die unsichtbare Hand gepredigt, während sie sich in

ihrem Streben nach intelligentem, innovationsorientiertem Wachstum einer sehr sichtbaren Hand bedienen – der öffentlichen Hand. Innerhalb Europas sagt auch Deutschland das eine und machte dann doch etwas anderes. Deutschland behauptet, es verfolge eine Politik der Austerität und Liberalisierung. Aber was tut Deutschland in Wirklichkeit? Durch eine staatliche Bank, die KfW, steht eine geduldige, langfristige, verbindliche Finanzierung zur Verfügung, die viele europäische Nationen nicht haben. Über die Fraunhofer- und Max Planck-Institute hat Deutschland ein Netz von verschiedenen Einrichtungen, die wesentlich für sein nationales Innovationssystem sind. Es gibt nicht nur überdurchschnittlich viel für Forschung und Entwicklung aus, sondern verfolgt die missionsorientierte Politik der Energiewende. Das bedeutet, sich nicht nur für eine grüne Technologie zu entscheiden, Offshore-Windkraft oder Solarenergie, sondern eine Vision davon zu haben, wie „Grün“ zum neuen Kurs für die gesamte Volkswirtschaft werden kann – mitsamt der Umgestaltung von Produktion, Vertrieb und Konsum. Das eröffnet dem Land eine neue Richtung. Kann das restliche Europa das heute bei all den durch die Maastrichter Kriterien auferlegten Beschränkungen und dem von Deutschland selbst ausgehenden politischen und sozialen Druck überhaupt in dieser Form nachmachen? Natürlich nicht.

Ebenso ist zu bedenken, dass der Staat, wenn er direkt in neue Technologien, Sektoren und Missionen investiert, auch Fehlschläge erleiden wird. Auf jede Erfolgsstory wie das Internet kommt eine Vielzahl von Concorde-Fiaskos. Jeder Wagniskapitalgeber wird versichern, dass dies nicht nur normal ist, sondern erlaubt sein muss. Aber während Wagniskapitalgeber mit ihren Erfolgen (nach vielen Misserfolgen) einen Haufen Geld einstreichen, wurde das dem öffentlichen Sektor sehr oft nicht erlaubt. Wir lassen es zu, dass Regierungen Banken retten – wobei die Verluste sozialisiert werden –, wenn aber diese Banken finanziell wieder gut dastehen, werden die Gewinne privatisiert. Dasselbe gilt für die Welt der Innovationen. Dem Unternehmen Tesla wurde ein garantiertes Darlehen in Höhe von 465 Millionen US-Dollar gewährt. Es ging gut und Tesla sackte die Gewinne ein. Ein anderes Unternehmen, Solyndra, erhielt ein garantiertes Darlehen in Höhe von 500 Millionen US-Dollar. Es ging schief. Und die Rechnung ging an den Steuerzahler. Und der beklagte sich. Haben die Steuerzahler jemals erfahren, dass sie auch einen Erfolg mitfinanziert haben? Nein. Sollten sie? Natürlich! Das ist nicht nur für die „Marketing“-Kampagne der Regierung wichtig

(um zu zeigen, dass sie in der Lage ist, gute Entscheidungen zu treffen, während es auch unvermeidlich ist, dass es hin und wieder zu Misserfolgen kommt), sondern auch, um neue, kreative Wege zu finden, um zukünftige Innovationen zu finanzieren – durch einen revolvingen Fonds.

Mit anderen Worten, der öffentliche Sektor sollte direkt von den Vorteilen profitieren und nicht nur bei nachteiligen Situationen das Risiko eingrenzen. Wir machen uns vor, dass der Staat durch Steuereinnahmen profitieren kann, obwohl wir alle wissen, dass nicht nur das Steuersystem schlecht funktioniert (Google und Apple, die immens von öffentlichen Geldern profitiert haben, zahlen sehr wenig Steuern), sondern dass Steuern nicht erhoben werden, damit die Regierung als Investor auftreten kann, sondern damit die Regierung Geld ausgeben kann.

Deshalb müssen wir unser Steuersystem überdenken – und meiner Meinung nach hat Thomas Piketty dazu ein paar gute Ideen –, aber wir müssen auch einige andere Instrumente in Betracht ziehen, um es der Öffent-

lichkeit zu erlauben, von ihren Investitionen zu profitieren. Ob dies über Eigenkapital, einkommensabhängige Darlehen oder Einbehalt der Schlüsselbeteiligung an den sich daraus ergebenden Patenten geschieht, kann von Fall zu Fall entschieden werden. Aber ich finde es skandalös, dass das staatliche Schulsystem in Silicon Valley nicht von den Investitionen der öffentlichen Hand profitiert hat, die Google, Facebook und Apple sehr, sehr reich gemacht haben. Der Sozialstaat und der Innovationsstaat sollten wirklich enger zusammenarbeiten.

Es gibt noch ein anderes Thema, das die wirtschaftliche Debatte in Europa in den letzten Jahren dominiert und verzerrt hat: Austerität im Namen des Defizitabbaus. Dies ist das falsche Ziel und unglaublich schädlich. Italien hat seit 20 Jahren ein relativ geringes Defizit – sicherlich häufig geringer als das von Deutschland. Gleichzeitig mangelte es Italien an den öffentlichen und privaten Investitionen, die die Produktivität und das BIP erhöhen. Infolgedessen ist der BIP-Teil des Schulden/BIP-Verhältnisses seit fast zwei Jahrzehnten nicht gestiegen. Warum? Es fehlte die Art von dyna-



mischen, missionsorientierten staatlichen Investitionen, über die ich sprach. Dennoch enthalten die Rezepte der Troika für Italien, Griechenland und Spanien keinerlei Ratschläge dieser Art. Es ist keine Rede davon, dass diese Länder ihren öffentlichen Sektor dynamisieren sollen. Es heißt immer nur: Verringert die Anzahl der Beschäftigten und kürzt die Gehälter in diesem Bereich. Es wird nicht dazu geraten, die missionsorientierten Investitionen zu erhöhen. Gefordert wird immer nur eine Ausgabenkürzung. Und so geht es immer weiter. Natürlich haben Länder wie Italien und Griechenland schwere Kämpfe auszutragen, und die benötigten Reformen im öffentlichen Sektor sind nicht zu unterschätzen. Aber über welche Art von Reformen sprechen wir eigentlich? Orientieren sie sich an der Sichtweise, dass dieser Sektor in Bezug auf zukünftige Investitionen und Lernkapazitäten eine entscheidende Rolle für das Wachstum spielt oder aber an der Sichtweise, dass er nur ein Teil des Problems ist und somit einfach verkleinert werden muss?

Wir sollten daher von dieser Besessenheit hinsichtlich der Verschuldungszahlen wegkommen und unsere

Aufmerksamkeit stattdessen auf die Chancen richten, die für das langfristige Wachstum eines Landes wichtig sind. Wir sollten überlegen, wie öffentlicher und privater Sektor zusammenarbeiten können, um diese Chancen, die wirklich die Marktgrenzen verschieben, direkt zu finanzieren – und nicht nur indirekt durch Steueranreize. Wir müssen uns darüber klar werden, worum es eigentlich geht, wenn wir über den Markt sprechen. Der Markt ist ein Ergebnis; ein Ergebnis der Interaktionen zwischen verschiedenen öffentlichen und privaten Akteuren. Heute stecken die beteiligten Akteure in einer Krise – der Privatsektor durch seine zunehmende Finanzialisierung (er konzentriert sich nur auf Aktienkurse und hortet Geld in Rekordhöhe) und der öffentliche Sektor, weil er sich zurückhalten und seine Vision und Vorstellungskraft abschalten soll. Die oft diskutierte säkulare Stagnation ist auf keinen Fall unvermeidbar, sondern ein endogenes Ergebnis dieses Rückgangs der öffentlichen und privaten Investitionen und der zunehmend enger ausgelegten Art dieser Investitionen. Das ist ein Riesenproblem, das wir zusammen angehen sollten. Der Anfang muss aber sein, dass wir diese Karikatur entlarven, zu der



von links nach rechts: Hubertus Heil, Kurt Beck, Mariana Mazzucato, Brigitte Preissl und Thomas Fricke

die Regierung geworden ist, indem wir das Konzept hinterfragen, dass der Staat bestenfalls nur ein bürokratischer Schiedsrichter ist, der das Spiel ermöglicht, das andere spielen.

Ich freue mich, den Hans-Matthöfer-Preis entgegennehmen zu dürfen. Ich hoffe, dass mein Buch dazu beiträgt, in Deutschland eine ehrlichere Diskussion über die politischen Maßnahmen anzuschieben, die zu seinem wirtschaftlichen Erfolg geführt haben, so dass die Peripherieländer die richtigen Lehren daraus ziehen können. Vielen Dank.

Programm der Preisverleihung - 22. Februar 2016

Verleihung des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik "Wirtschaft.Weiter.Denken." 2015 an Prof. Mariana Mazzucato

Das Kapital des Staates – Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum

- 15:00 Uhr Musikalische Einführung: High 5 Brass Quintett
- 15:05 Uhr **Begrüßung**
Kurt Beck, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 15:15 Uhr **Festrede**
Hubertus Heil, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- 15:45 Uhr **Laudatio**
Brigitte Preissl, Chefredakteurin der Fachzeitschriften „Wirtschaftsdienst“ und „Intereconomics“
und Mitglied der Jury
- Übergabe des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik
"Wirtschaft.Weiter.Denken." 2015 an Prof. Mariana Mazzucato
- 16:00 Uhr **Rede der Preisträgerin**
Prof. Mariana Mazzucato, Professorin für Innovationsökonomie, Universität Sussex
- 16:10 Uhr Musikalischer Ausklang: High 5 Brass Quintett
- 16:15 Uhr Ende



